

## Bürger und Staat – aus der Sicht eines Psychiaters <sup>1</sup>

Was hat ein Psychiater zu diesem Thema zu sagen, wenn er zu Mitgliedern eines Business-Clubs spricht?

Ein **Psychiater** ist mit den Qualitäten des Funktionierens unserer Gemeinschaft konfrontiert. Menschen leiden teilweise unter den Folgen der gesellschaftlichen Situation, sei dies Arbeitsstress, Vereinzelung und Einsamkeit, Ehekrisen oder Schulprobleme der Kinder. In meiner Hilfe bin ich auf Partner angewiesen und erlebe, wie sich unsere Gesellschaft organisiert.

Ich bin seit 30 Jahren Psychiater und kann auf eine kleine Geschichte von gesellschaftlichen Veränderungen zurückblicken.

Der **Lions-Club** ist eine Vereinigung von Menschen, die wie der 38-jährige Geschäftsmann Melvin Jones aus Chicago erkannt haben, dass es notwendig ist, über die geschäftlichen Themen hinaus tätig zu werden und sich für die eigene Gemeinde und für eine bessere Welt einzusetzen. (abgewandeltes Zitat aus einer Homepage Ihres Clubs).

Dass das Thema hoch **aktuell** ist, zeigen uns zwei politische Themen, die uns seit 4 Jahren stark beschäftigen: die globale Finanzkrise und die Krise in Griechenland. Bei beiden Themen spielt das Verhältnis von Bürger und Staat eine zentrale Rolle, ohne dass viel darüber berichtet wird. Das ist der Anlass, weshalb ich hier darüber sprechen will.

Der Reihe nach:

**Die globale Finanzkrise:** Niemand ruft heute mehr im vollen Brustton: „Mehr Freiheit, weniger Staat“. Dass Freiheit und Staat etwas miteinander zu tun haben, bestreitet keiner. Dass diese so simpel zusammen hängen, wie sie der frühere Partei-Slogan formuliert oder wie sie der Neo-Liberalismus predigt, müssen wir seit der globalen Schuldenkrise schmerzlich zur Kenntnis nehmen. Die heutige Globalisierung kam durch den schrittweisen Abbau von Handels- und Finanzregulierungen zu Stande, die seit der Carter Administration ab 1977 forciert wurde. Die letzten wesentlichen Eingriffe wurden durch die Administration Clinton 1997 vorgenommen. Die fast vollständige Deregulierung der Finanzwelt bildete die Grundlage für das Fiasko, das in mehreren Wellen über die Weltwirtschaft und die Staaten hinwegzieht. Dass das Fallenlassen von klugen staatlichen Regeln das Raubrittertum begünstigt, wissen wir eigentlich seit dem Mittelalter, als es noch keinen organisierten Staat gab, der die Bürger vor den Raubrittern schützen konnte. Dass wir bereit waren, den Staat zu entmachten und glaubten, es komme dann schon gut, weil alles viel rascher und wirkungsvoller abgewickelt werden kann, ist töricht. Die Geschichte zeigt uns, dass wir die ordnende Hand des Staates zum Schutze der weniger mächtigen Menschen brauchen. Die Ökonomen rechneten nicht mit schlechten Eigenschaften wie z.B. der menschlichen Raffgier und sahen nur die ökonomischen Vorteile, wenn Geld viel rascher zirkulieren kann. Dass Menschen ein solch liberales System in einem derart ho-

---

<sup>1</sup> Vortrag gehalten beim Lions-Club Ergolz 30. 8. 2012

hen Masse ausbeuten, dass die ganze Weltökonomie gefährdet ist, daran dachten sie nicht.

Nun tönt es landauf landab: der Staat soll wieder vermehrt Regeln aufstellen, damit wir von den (finanziellen) Raubrittern besser geschützt sind (zu denen durchaus auch die Bürger gehören können – die an der Börse rasch Geld ohne eigene Arbeitsleistung verdienen möchten). Aber haben wir die Lektion wirklich begriffen? Oder soll nur das geregelt sein, das uns nicht betrifft? Haben wir ein neues Bewusstsein erlangt, was der Staat für den Bürger regeln muss und was wir dafür dem Staat geben wollen, damit er seinen Pflichten nachkommen kann? Wissen wir eigentlich heute wieder klarer, wozu wir den Staat und die Staatengemeinschaft brauchen?

**Griechenland:** Ich pflücke dieses schöne Land deswegen aus einer Gesamtheit heraus, weil es exemplarisch in den vergangenen Jahren am Pranger steht und weil ich aus bestimmten Gründen seit 20 Jahren ein intensives Verhältnis zu diesem Land besitze. Griechenland war bis 1922 Teil des Osmanischen Reiches. Das Osmanische Reich war ein sehr erfolgreicher Staat, der immerhin während mehr als 600 Jahren existierte. Die dazugehörige Organisationsform kann also so falsch nicht gewesen sein. Kaum ein anderes Grossreich kann sich mit diesem messen.

Das heutige Griechenland entstand zwischen 1832 und 1922. Zuvor waren die Griechen ein wichtiger Teil der Osmanen. Wieso ist dies für unsere Fragestellung wichtig? Europa erlebte im 17. und 18 Jhdt. eine gründliche Auseinandersetzung im Denken, die wir heute unter dem Begriff der **Aufklärung** zusammenfassen. Das Individuum wurde zu einem zentralen Begriff (Ich denke, also bin ich). Das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft wurde angedacht, was in der **Französischen Revolution** gipfelte, ein Aufstand der Bürger gegen die Monarchie und die Feudalgesellschaft. Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entwickelten eine zentrale Bedeutung. Solche Begriffe setzen bis zum heutigen Tag die Grundlagen für unsere gesellschaftliche Ordnung.

Diese gedankliche Bewegung war für die griechische Bevölkerung nicht zentral. Als Teil des Osmanischen Reiches wurde sie nicht vom Gedankengut der Aufklärung und den das Bürger/Staat-Verhältnis ordnenden Gedanken der Französischen Revolution erfasst. Bis zum heutigen Tag orientieren sich die Griechen in erster Linie an ihren **familiären Strukturen**. Zum Staat hält man eine misstrauische Distanz und erwartet nichts Gutes von ihm. Die Demokratie wird als Verpflichtungsprozess verstanden: derjenige, den ich wähle, soll auch für mich sorgen. Die Gewählten haben also ganz explizit den Auftrag, für ihre Klientel Vorteile und beispielsweise staatliche Stellen anzubieten. Was bei uns als **Klientelwirtschaft** verpönt ist, ist in der griechischen Auffassung von Demokratie deren eigentlicher Sinn und Zweck.

Damit sind die Griechen durchaus gut gefahren und es liegt mir fern, hier eine grundsätzliche Kritik an deren Gesellschaftsmodell zu formulieren. Das Aufeinandertreffen einer wirkungsorientierten und einer klientelorientierten Staatsauffassung ist ein Teil der heutigen europäischen Krise, die sich für die Griechen gegenwärtig ökonomisch nachteilig entwickelt.

In der **Schweiz** haben wir eine andere politische Ordnung, die wesentlich auf einem differenzierten Bewusstsein dafür basiert, was Bürger und Staat gegenseitig verbindet. Der Staat ist für uns nicht unser Feind.

Einer der wichtigen Motoren für die stete Pflege des Verhältnisses von Bürger und Staat ist in unserer **föderalen Ordnung** zu finden, die die Verantwortung auf viele Schultern verteilt und der Subsidiarität einen hohen Stellenwert einräumt. In unserer Auffassung kann das Individuum seine Freiheit nur finden, wenn es sich darauf verlassen kann, dass der Staat als Vertreter der Gemeinschaft wichtige Funktionen abdeckt. Zentral sind hier der Schutz des Schwächeren (Kinder, Alte, Kranke, Minderheiten), die Bildung, die zentrale Infrastruktur und die Sicherheit zu nennen. Auf diese Kerngebiete des Staates sind unsere Gesetze und unsere Steuern ausgerichtet. Der Einzelne hat ein hohes Interesse, dass der Staat diese Aufgaben erfüllen kann.

Es ist im Interesse eines jeden, den Staat durch das Bezahlen von Steuern in die Lage zu versetzen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen kann. Der frühere Slogan „**Mehr Freiheit, weniger Staat**“ war eine Verkennung der eben beschriebenen Tatsache, dass erst durch die differenzierte Organisation des Staatswesens die Freiheit des einzelnen Bürgers möglich wurde. Die Reichen konnten sich schon immer selber helfen und ihre Freiheiten erkaufen oder ertrotzen. Der durchschnittliche Bürger kann das aber nur innerhalb eines wohl organisierten Staatswesens. Dabei kann er nicht alles vom Staat erwarten oder an ihn delegieren. Er muss mithelfen bei der Gestaltung der Gemeinschaft, weil der Staat manchmal gewisse Probleme nicht erkennen kann oder will und zum anderen nicht immer über die notwendigen Fachleute verfügt. Das zu erkennen und zuzugeben fällt den Staatsdienern oft schwer. Das ist menschlich und muss nicht weiter beklagt werden.

Als Bürger habe ich reichlich Erfahrung darin, wie die Subsidiarität aussieht. Ich wurde so erzogen, dass jeder Einzelne selber etwas zum Gemeinwohl beitragen muss. Die Bürgerpflicht ist nicht mit der Bezahlung seiner Steuern erledigt. Der Staat braucht die Mithilfe von uns allen. Was der Bürger aus eigener Initiative dem Staat abnehmen kann, soll er tun.

Bürger können besser als der Staat einen Turn- oder Schützenverein organisieren. Bürger wissen oft mehr von sozialen Belangen, als dies Staatsangestellte wissen. Sie sind aufgerufen, z.B. eine Suchtberatungsstelle zu unterhalten, und dem Staat diese Aufgabe abzunehmen, oder ein Wohnheim für psychisch Kranke zu organisieren. In der Schweiz haben wir eine lange Tradition mit dieser Form der Übernahmen von Staatsaufgaben durch Bürger. Diese Dynamik funktioniert nicht zuletzt deswegen so gut, weil wir durch unser **föderales Staatswesen** in vielerlei Verantwortungen eingebunden sind. Föderalismus hat etwas schwerfälliges. Es zwingt aber die Bürger, sich mit staatlichen Aufgaben auseinander zu setzen und hilft mit – ohne dass uns das besonders bewusst wird – unser Verhältnis von Bürger und Staat immer in praxi neu einzustudieren und zu reflektieren.

Wie sieht die **Entwicklung der letzten 30 Jahre** aus?

Ich finde, wir haben ein wunderbares und im grossen Ganzen gut organisiertes Staatswesen, das vom Miteinander und vom gegenseitigen Vertrauen geprägt ist. Manchmal wäre es wünschenswert, wenn ein differenzierteres Bewusstsein das Verhältnis von Bürger und Staatsdiener tragen würde – auf beiden Seiten. Wir alle sind nicht perfekt und so müssen wir uns auch nicht allzu sehr über bestehende Mängel beklagen.

Was mir aber bedenklich erscheint, ist die zunehmende Entsolidarisierung, die in unserer Gesellschaft zu beobachten ist.

- ⤴ Sie kennen die Situation, die man als Autofahrer an einem frequentierten Fussgängerstreifen erlebt: der Fussgänger schlendert in der Regel ganz gemütlich über seinen gelben Weg. Wäre es nur Provokation, hätte ich Verständnis dafür. Ich glaube aber wahrzunehmen, dass die meisten Fussgänger den Autofahrer gar nicht wahrnehmen, wie sie auch andere Fussgänger nicht wahrnehmen. In den Ohren befinden sich eh kleine Lautsprecher mit der eigenen Musik.
- ⤴ Im Zug wird lautstark über Belanglosigkeiten telefoniert, als würde keiner zuhören.
- ⤴ Politische Abstimmungen werden immer öfters dahingehend entschieden, wo der Einzelne für sich den besten Vorteil zu erringen glaubt. Geht es um die Rechte von Minderheiten oder den Schutz der Schwächeren, wird immer öfters Nein gestimmt.

Dieser Trend wird leider auch von populistisch argumentierenden Parteien ausgenutzt und gefördert. Reiche ziehen sich allzu oft in ihre Reviere zurück und sehen es nicht als ihre besondere Verantwortung an, der Gesellschaft etwas von dem zurückzugeben, was sie durch günstige Umstände erworben haben. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen zeigt wenig Züge eines gemeinsamen Bewusstseins.

Ökonomisches Handeln ist immer stärker von ganz kurzfristigen Überlegungen geleitet und hat grosse Mühe, sich an nachhaltigen Zielen und Prozessen zu orientieren. Das rasche Geld, der kurze Erfolg, das momentane Wohlbefinden ist wie eine Zuspitzung des Individualismus und steht oft kaum in einer dialektischen Spannung zum Gemeinwohl und dem langfristigen Wohlergehen von möglichst vielen.

Hier sehe ich eine grosse Gefährdung unseres wunderbaren Landes, das auf eine lange und durchdachte Tradition im Verhältnis Bürger und Staat zurückblicken kann. Ich befürchte, dass wir in einigen Jahrzehnten die gleichen Probleme haben könnten, mit denen sich heute die griechische Gesellschaft auseinandersetzen müsste und bisher dazu kaum in der Lage ist.

Aus **meinem Berufsalltag** will ich folgende 3 Beispiele einer Fehlentwicklung herausgreifen:

- 1) Das Lohnniveau in der Schweiz ist – verglichen mit Staaten um uns herum – sehr hoch. Das zwingt unsere Firmen, rationaler zu arbeiten und erhöht den Druck auf die Mitarbeiter. Es ist davon auszugehen, dass dadurch vermehrt Mitarbeiter dem Druck nicht standhalten können und krank werden. Damit wir diesen nicht gänzlich den Boden unter den Füßen wegziehen, müsste die Invalidenversicherung ein zuverlässiges Auffangnetz bereitstellen und wird finanziell stärker belastet werden.

Nun verwischen einige Exponenten unseres Gemeinwesens diesen simplen Zusammenhang und verunglimpfen diese Strauchelnden, titulieren sie Scheininvaliden. Sie wollen nämlich nicht nur den Druck auf die Angestellten erhöhen. Sie wollen gleichzeitig auch die Lohnnebenkosten senken, anstatt sie zu erhöhen, wie es notwendig wäre. So hat im Rahmen der neuen Finanzordnung von Bund, Kanton und Gemeinde die öffentliche Hand ihre Zuwendung an die Invalidenversicherung 2007 um beinahe 2 Milliarden gesenkt, anstatt sie zu erhöhen. Dass wenig später diese „saniert“ werden muss, war ein bewusstes Manöver. Wenn wir das hohe Lohnniveau halten wollen und damit den steigenden Druck am Arbeitsplatz akzeptieren, nehmen wir gleichzeitig in Kauf, dass immer mehr Menschen dem nicht mehr gewachsen sind und Unterstützung brauchen. Dabei nehmen wir die Kosten dafür auch in Kauf. Das ist doch logisch. Das zu Verneinen ist entweder Verdrängung oder böser Wille. Sicher aber leidet dadurch die Kohärenz unserer Gesellschaft und das Verhältnis von Bürger und Staat gerät in eine bedrohliche Schieflage. Das dürfen wir nicht zulassen. Dagegen hilft nur Einsicht, Bewusstsein und politisches Handeln.

- 2) In meiner Jugend war die Einführung der **Sozialpsychiatrie** eine der grossen fachlichen Errungenschaften. Wurde ich als engagierter Psychiater vor 30 Jahren anerkennend begrüsst, wenn ich in einem Betrieb auftauchte, um einer meiner Patienten und seinen Vorgesetzten zu helfen, so fragt man mich heute: was machen Sie denn hier? Ich bin als behandelnder Arzt vom erwünschten Helfer zum Störefried geworden.
- 3) Viele Ärzte haben den **hippokratischen Eid** vergessen, der besagt, dass wir unser fachliches Wissen nur zum Dienst und Wohl von notleidenden Patienten einsetzen dürfen. Würde der Eid noch wirken, wäre das Heer von ärztlichen Gutachtern gar nicht möglich. Gutachten fallen in der Regel zu Ungunsten der untersuchten Patienten aus. Eine solche Berufsausübung wäre uns Ärzten eigentlich hippokratisch untersagt. Wir haben stets zum Wohl der untersuchten Menschen zu wirken, ansonsten wir sie nicht untersuchen dürfen. Weiss das heute noch jemand? Es ist nicht die Aufgabe von uns Ärzten, die 2% IV-Betrüger zu fassen oder die 5% Unfallopfer in den Senkel zu stellen, die vielleicht nur scheinbar ein Schleudertrauma haben, weil sie ihre Schmerzen stärker als erwartet erleben. Es ist unsere Aufgabe, allen Menschen zu helfen, die in unsere Hände geraten. Das versprechen wir. Wieso halten sich so viele nicht daran und lassen sich durch fürstliche Honorare von Versicherungen für deren Interessen einspannen?

Ich wurde von meinen Eltern dazu erzogen, neben Beruf und Familie auch stets etwas zum Gemeinwohl beizutragen. So habe ich im Verlaufe der Jahre einige Institutionen im Sozial- und Gesundheitswesen gegründet.

In diesem Zusammenhang will ich Ihnen **zum Schluss** von meinem jüngsten Projekt berichten, das ich vor zwei Jahren als Bürger ins Leben gerufen habe: Es heisst **PEGASUS**. Pegasus ist ein Lehrbetrieb für junge Menschen mit einer leichten Behinderung, die in unserer kompetitiven Gesellschaft nie eine Chance hätten, eine Lehre zu machen und durch

eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Als Psychiater solcher Menschen hatte ich festgestellt, dass die dafür zuständigen Instanzen (IV und von denen beauftragte Ausbildungsstätten) nicht immer in der Lage sind, das anvisierte Ziel zu erreichen. Sie stolpern immer wieder über ihre eigenen – zu eng geratenen – Regeln. Behinderte, die nach diesen Regeln für viel Geld eine gestützte Ausbildung machen, sind oft nicht vermittelbar, wenn sie die Ausbildung abgeschlossen haben. So setzte ich mir in den Kopf, zu prüfen, ob man das auch besser machen kann. In PEGASUS können die Ausgebildeten weitere 3 Jahre ohne IV-Unterstützung weiterarbeiten, damit sie die nötige Reife zum Übertritt in die ungeschützte Arbeitswelt schaffen können.

Da ich seit 17 Jahren in einer reichen Stiftung in deren Rat sitze, hatte ich den Zugang zum notwendigen Startkapital. Ich hatte davon vor 12 Jahren bereits bei der Gründung der Multikulturellen Suchtberatungsstelle Beider Basel MUSUB Gebrauch gemacht. Meine Stiftungsratskollegen wussten aus dieser Erfahrung, dass sie mir vertrauen konnten und gaben mir das notwendige Geld.

Pegasus gedeiht seither prächtig. Ich hatte zwei Lehrmeister zur Hand, denen ich vertraute und die sich auch dieses Vertrauens würdig erwiesen. Nach zwei Jahren haben wir 4 AZUBIS, drei davon in einem Lehrvertrag. Auch das kantonale Lehrlingsamt liess sich nach anfänglicher Skepsis überzeugen, uns Vertrauen zu schenken und uns einstweilen gewähren zu lassen. Ich werde mich weiterhin bemühen, solches Vertrauen zu bestätigen. Das ist Antrieb und Lohn zugleich.

PEGASUS arbeitet im Bereich Hauswartung und Gartenunterhalt und führt Ausbildungen zum Fachmann Betriebsunterhalt durch. Ich lege einige Prospekte auf.

([www.pegasus-lb.ch](http://www.pegasus-lb.ch))

Als **Fazit** meiner Ausführungen wünsche ich der griechischen Bevölkerung in der heutigen Krise, dass sie ihr Verhältnis von Bürgen und Staat durchdenkt und die Kraft und Fantasie findet, dieses neu zu gestalten, im Vertrauen auf die Erfordernisse einer modernen Gesellschaft.

Ich wünsche aber auch der schweizerischen Bevölkerung, dass sie den im Gang befindlichen Entsolidarisierungsprozess erkennen kann und Gegensteuer gibt, im Bewusstsein, dass wir nur mit einem durchdachten Verhältnis zwischen Bürger und Staat auf diese Weise leben können, wie wir es in den vergangenen 50 Jahren tun konnten.